

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik

25. Jahrgang 2008 Heft 2

ISBN 978-3-89472-580-8

ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kießler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Walter
Euchner, Klaus Faber, Thomas Goger, Horst
Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Jens
Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas Noetzel,
Roland Popp, Walter Reese-Schäfer, Hans-
Jochim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer,
Jochim Spangenberg,

Verantwortlicher Redakteur:

Roland Popp

eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:

c/o Kulturforum

WBH, Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Verlag und Abo-Vertrieb:

Schüren Verlag GmbH,

Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg

Informationen zu perspektiven ds und zum

Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden

Sie im Internet: www.schuere-verlag.de

Die perspektiven ds erscheinen zweimal im

Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €

incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-

Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

© Schüren Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben

nicht unbedingt die Meinung der Redaktion

wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-

skripte wird keine Haftung übernommen.

Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag

Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Der Sozialstaat in der Finanzkrise

perspektivends
2/08

Inhalt

Editorial

Schwerpunkt:

Der Sozialstaat in der Finanzkrise

Oskar Negt

Über Gerechtigkeit und die
Verengung von Freiheit
und Bildung

7

Walter Euchner

Das Hamburger Programm
und die Lehren der
internationalen Finanzkrise

17

Ulrich Heyder

Soziale Modernisierung am
Beispiel der aktuellen Finanzkrise

25

Klaus-Jürgen Scherer

Geistige Wende in der
Systemkrise und das
Hamburger Programm

47

Gabriele Hiller-Ohm /

Björn Lüttmann

Sozialstaat verbessern –
Spaltungen bekämpfen

54

Michael Opielka

Chancen eines Grundein-
kommens in Deutschland

61

Arne Heise

Sozialstaat und europäische
Beschäftigungspolitik

79

Roland Popp

Achterbahn und Eiskanal.

4

Rauscherlebnisse im Rendite-
system, Loopings in der Politik
und die Unsinnlichkeit der Krise

91

Beiträge und Diskussionen

Christian Zimmermann

Die Trikolore leuchtet rot –
zur Aktualität der Natur-
rechtskritik bei Ernst Bloch

105

Ulrich Büchler

Die SPD in der Krise.
Notizen einer Rundschau

118

Meinhard Creydt

Die Einhegung des ‚Egoismus‘.
Die Überwindung von
Handlungskontexten und
Konflikten, welche Vorteilsnahme
zulasten anderer nahe legen

131

Berichte und Rezensionen

Walter Reese-Schäfer

Rezension zu Franz Walter:
Baustelle Deutschland.

145

Horst Heimann

Aus der Geschichte der
Arbeiterbewegung für die
Zukunft lernen? Rezension
zu Helga Grebing und
Philip Yale Nicholson

148

<i>Friederika Neumann</i>	<i>Roland Popp / Klaus-Jürgen Scherer</i>
Rezension zu: Ernst Ulrich Huster/ Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge- Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung	Einsichten und Aussichten zu Wachstum und Fortschritt. Ein Tagungsbericht
160	167
<i>Christina Ujma</i>	Autorinnen und Autoren
Detlev Albers – Sozialdemokratischer Intellektueller und europäischer Linker	174
162	

Editorial

Anfang 1: Das war schon eine Sensation als Kurt Beck sich vom Parteivorsitz zurückzog. Zurückzog? Ihn niederlegte? Zurückgezogen wurde? Wie auch immer, irgendwie stimmen wohl alle drei Einschätzungen. Unabhängig davon, dass Kurt Beck eine glaubwürdige Persönlichkeit ist und als integer gilt, und dass er die Partei in einer schwierigen Phase aus ihrem Vorsitzendenproblem befreien wollte - wenn ein Großteil der wichtigen Funktionsträger nicht mitmacht, lässt sich auch ein Parteivorsitz nicht mit politischen Schwung und Strategien ausbauen. Und dann die so gar nicht überraschende Überraschung. Müntefering. Knappe Sätze. Durchgreifen. Neuorganisieren. Perspektiven geben. Irgendwie ging es wohl nicht mehr anders: Die *Rückkehr der Agenda 2010-Ritter* Müntefering, Steinmeier und Steinbrück war unaufhaltsam und am Ende wollte sich niemand mehr in den Weg stellen.

Anfang 2: Eigentlich sollte der Ausgang der Landtagswahlen in Hessen Anlass zur Hoffnung geben, dass mit Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin ein Politikwechsel in Schwung kommen könnte. Bekanntlich kam es dann ganz anders: Gegen den beständigen Vorwurf der Wahllüge oder eines angeblichen Bruch eines Versprechens war irgendwann nicht mehr anzugehen. War das aber überhaupt ein Versprechen, dass Andrea Ypsilanti da gegeben hat? Wenn ich jemanden verspreche, ihm am nächsten Wochenende beim Umzug zu helfen und dann doch nicht erscheine – ja, das ist ein gebrochenes Versprechen. Wenn ich meine Schulden bei einem

Freund nicht zum versprochenen Termin zurückzahle – ja, das ist ebenso ein Versprechensbruch. In der Politik sollte man da etwas vorsichtiger sein. Eine Vorwahlaussage, mit dieser oder jener Partei nicht koalieren zu wollen – hat dies wirklich den Status eines Versprechens? Ist hier die Kategorie des Versprechens wirklich angemessen? Zumal wenn sich ein Wahlausgang ergibt, der neue politische Lagerbindungen offensichtlich notwendig machte.

Ypsilanti konnte diesen Versprechensdruck nicht mehr standhalten. Unabhängig vom Wahlausgang im Januar 2009 kann man aber doch einige grundsätzliche Schlüsse daraus ziehen. Aus den hessischen Verhältnissen kann man auch lernen, dass Abgeordnete nicht als Verräter oder mit persönlich verunglimpfenden Schimpfwörtern verfolgt werden sollten. Gerade wer die Gewissensfreiheit bei Abgeordneten hochhält, müsste dieses öffentlich gemachte Gewissen – auch wenn einem die politische Richtung nun überhaupt nicht passt, anerkennen. Die politische Karriere dieser Abgeordneten scheint auf jeden Fall beendet zu sein. Und ob bald eine andere gut bezahlte Karriere in der Wirtschaft begonnen wird, darüber wollen wir *hier* nicht spekulieren! Was aber grundsätzlich wichtig ist: Für die Parteiseele sind solche wechselseitigen Beleidigungsattacken nicht gerade empfehlenswert.

Was ein *Problemknäuel* ist, lässt sich aber bildhaft an Hessen darstellen. Da vermischten sich ein stark von Andrea Ypsilanti konfrontativ gefahrener Kurs eines beschworenen Politikwandels, der letztlich auf „Hauptsache, Koch wird

nicht Ministerpräsident“ eingeschmolzen wurde. Da wurden innerparteiliche Polarisierungen nicht gedämpft, sondern hochgekocht. Dass sich ein fundamentales anderes Gewissen ziemlich spät meldete, ließ das Problemknäuel noch weiter anwachsen. Was lernen wir daraus: Gegen die mediale und parteikonkurrierende Dauerwalze mit dem Namen Versprechensbruch lässt sich ein Politikwandel nicht herstellen. Wenn dann noch tiefe innerparteiliche Gräben hinzukommen, über die keine Brücken gebaut, sondern weiterhin Ausbaggerarbeiten vorangetrieben werden, dann fährt man gegen die Wand.

Aber die Frage wird uns auch 2009 und wohl darüber hinaus begleiten: Wie hält es die SPD mit der Linkspartei? Wie hält sie es mit Koalitionen oder begrenzte Zusammenarbeit? Wie hält sie es mit den Personen, namentlich mit Lafontaine? SPD und Linke – ein schwieriges und konfliktreiches Thema. In diesem Heft sind dazu schon mal einige grundsätzliche Überlegungen von Ulrich Büchler zu lesen.

Anfang 3: Die Finanzkrise kam mit einer derartigen Wucht auf uns zu, dass alle damit einhergehenden politischen Debatten von nachrangiger Bedeutung wurden. Was Dauer und Ausmaß der Finanzkrise und Wirtschaftskrise angeht, verändert sich von Woche zu Woche. Unsere Autoren und Autorinnen versuchen im Schwerpunkt dieses Heftes diese Entwicklung fassbar und anschaulich zu machen. Oskar Negt behandelt die sozialphilosophische Bedeutung von Gerechtigkeit und deren unerfüllten Bestand in den Bereichen der Bildung. Die Finanzkrise wird dies noch verschär-

fen. Walter Euchner zeigt den zeitlichen Ablauf der Finanzkrise und nimmt die sozialdemokratischen Gedanken dazu auf. Dass damit eine gesellschaftliche Modernisierung unabdingbar ist, behandelt Ulrich Heyder. Und dass diese Krise die Gedanken des Hamburger Programms unfreiwillig profiliert, zeigt Klaus-Jürgen Scherer. Der Beitrag von Gabriele Hiller-Ohm/Björn Lüttman behandelt die Drastik der gesellschaftlichen Spaltungen. Um diese zu mildern, argumentiert Michael Opielka für die Einführung eines Grundeinkommens und Arne Heise stellt den Zusammenhang zwischen Beschäftigungspolitik und Sozialstaat in Europa dar. Roland Popp behandelt abschließend zu diesem Themenschwerpunkt das Verhältnis von ökonomischen Rendite-Wahnsinn und moralischen Schuldzuschreibungen.

Dass die Finanzkrise verdrängte Einsichten über die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zeigt, wird in vielen dieser Beiträge thematisiert. Dass sich hierdurch die Spaltungen im Sozialstaat verschärfen, muss gerade für sozialdemokratische Politik eine Herausforderung sein. Die theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen wie Deutschland als Sozialstaat in den nächsten Jahrzehnten funktionieren kann, sind dabei erst eröffnet.

Dass eine wirtschaftliche Rezession in 2009 auf uns zukommen wird, ist wohl nicht mehr zu bestreiten. Welche Dramatik diese Entwicklung für die Lebenswirklichkeit der Bürger annimmt, darüber streiten sich bis jetzt die Geister. Während die einen den größten wirtschaftlichen Einbruch prognostizieren, verlassen sich die anderen auf Zuver-

sicht und darauf, dass mit den richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Spuk ziemlich in Schach gehalten werden kann. Wie hält es Deutschland mit den Konjunkturprogrammen? Sollen diese nun in großem Maßstab finanziert werden oder versickern diese Gelder bei Banken, Unternehmen oder im Konsum und bleiben relativ wirkungslos. Die Debatte ist eröffnet!

Zu erinnern ist daran, dass bei der Ölkrise 1973 der wirtschaftliche Tiefpunkt erst nach circa 16 Monaten erreicht war. Ob dies auch bei dieser Wirtschaftskrise der Fall sein wird, werden die *perspektiven* ds schon mal als Themengebiet im Auge behalten. Dass die Wirklichkeit immer mal wieder schneller ist, als sich ein Editorial formulieren lässt, zeigen diese drei Anfänge.

Roland Popp

Redaktionsschluß 12. Dezember 2008

Schwerpunkt: Der Sozialstaat in der Finanzkrise

Oskar Negt

Über Gerechtigkeit und die Verengung von Freiheit und Bildung¹

Es ist immer schwierig mit dem Anfang. Das hat Hegel schon in seiner Wissenschaft der Logik gesagt – Womit anfangen? Und wenn dann Lobenswerte am Anfang stehen, bevor der Betreffende gehört hat, was ich gesagt habe, dann bringt mich das in Verlegenheit. Deshalb lassen Sie mich etwas tastend vorgehen.

Es gibt heute eine geistesgeschichtliche Situation, in der eine fatale Stimmung depressiver Meinungen und Einstellungen besteht. Nicht in einem klinisch gemeinten Sinne, sondern dass bei den Menschen der Eindruck entsteht, Prozesse, mit denen wir es zu tun haben, seien unvermeidlich. Johannes Rau hat einmal mit Recht gesagt, Globalisierung sei kein Naturgesetz. Und wer heute von Globalisierung spricht, steht schon mit dem Rücken zur Wand. Als ob in der Tat hier ein Naturgesetz wäre, an dem überhaupt nichts zu ändern ist. Der Übergang des Faktischen gegenüber dem

Normativen (dem, wie es sein sollte und sein könnte) hat ein solches Gewicht in den Köpfen und Seelen der Menschen bekommen, dass man hier an den Satz von Edmund Husserl erinnert wird, der sagt: „Wir haben es mit Menschen zu tun, die als Tatsachenmenschen in Erscheinung treten und die nicht mehr ihre Freiheitsspielräume, die sie haben, ausnutzen.“ – Es gilt also dahingehend zu denken, ob an dieser Globalisierung etwas dran ist, was jedenfalls nicht die menschliche Entwicklung fördert.

Freiheitsbegrenzung und Freiheitspotential

Deshalb möchte ich mit ein paar Gesichtspunkten anfangen, die diesen großen Begriff „Gerechtigkeit“ *nicht* abdecken. Denn lieber wäre es mir, über die *Ungerechtigkeit* zu sprechen. Diese ist auch präziser als Gerechtigkeit, so wie das Unglück präziser zu benennen ist, als das Glück. Gerechtigkeit aber ist ein sehr wendbarer Relationsbegriff. Ungerechtigkeit, sagt Kant, hat eine bestechende Genauigkeit. Alle anderen Übel, die wir ausstehen, sind nichts gegen die Erfolge der Ungerechtigkeit. Das Pathos

1 Leicht bearbeitetes Tonbandprotokoll eines in freier Rede gehaltenen Vortrags auf der Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Juli 2008. Der Vortragscharakter ist weitgehend beibehalten worden (Die Red.)

widerständiger Erfolg, ungerecht behandelt zu werden und die (individuelle) Würde verletzt zu sehen, hat eine ungeheure Kraft gegenüber dem, was eben gerecht und würdevoll ist. Deshalb lassen Sie mich einen kurzen Exkurs machen, über das, was ich unter Freiheit und Kausalität verstehe.

Bei Kant gibt es zwei Formen der Kausalität. Die eine ist die Kausalität aus Freiheit, das heißt die Bestimmung einer Gesetzgebung: Der kategorische Imperativ – „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit allgemeines Gesetz werden kann“ ist ein Freiheitsakt der Selbstbegrenzung. Ich setze das aus meinem Freiheitspotential. Die zweite Kausalität ist die der Naturkausalität. Dabei gibt es nur Ursache und Folgewirkung. Ich habe heute den Eindruck, dass sehr viele Menschen, nicht nur Politiker, auch Gewerkschaftler und andere, die Naturkausalität in ihrem Denken stärker für realistisch halten, als die Entwurfsphantasie, von dem, wie es sein könnte und sein sollte. Allerdings bedeutet das gleichzeitig, dass sie ein Stück Verantwortung abgeben. Wenn ich nur noch die Gesetze des Marktes, der Globalisierung beschreibe, sie selbst kritisiere, aber als unvermeidlich unterstelle, dann habe ich einen Teil meiner Verantwortung, die auf Veränderung geht, schon abgegeben. Das Fatale ist, dass in unserer Gesellschaft diese Seite der normativen Kraft des Faktischen, wie man sagt, so stark ist wie nie zuvor. Das hat auch etwas damit zu tun, dass ein Korn von Wahrheit in diesen Prozessen steckt. Es ist nicht einfach nur die Lüge. Obwohl es eben sehr gründliche Analysen gibt, die von der Globalisierungslü-

ge sprechen, sind doch bestimmte Befreiungsaktionen und andere Dinge der freien Vervielfältigung in der Tat auch mit gesetzt. Aber man sollte berücksichtigen, dass der Freihandel, so wie ihn Ricardo formuliert hat, nach dem Gesetz der komparativen Kostenvorteile, dazu geführt hat, dass Afrika südlich der Sahara vor etwa 15 Jahren noch mit 8 Prozent am Welthandel beteiligt war und jetzt auf 0,3 Prozent abgerutscht ist. Die Globalisierung führt auch zur Abkopplung ganzer Kontinente von diesem Warendeschehen. Wenn dann die Gefahr besteht, dass die Gesellschaft, wie Karl Polanyi schon 1941 gesagt hat, zum Anhängsel des Marktes zu werden droht, also die Marktrationalität zu der einzigen vernunftgemäßen Rationalität wird, dann ist natürlich die Frage der Selbst-Entmächtigung der politisch Handelnden mit gesetzt.

Normativität und Faktizität von Gerechtigkeit

Ich möchte diese normative Frage, was gerecht ist und was ungerecht ist, und die faktische Frage miteinander in jedem einzelnen Punkt verknüpfen. Natürlich gibt es verschiedene Gerechtigkeitsdefinitionen wie die von Rawls. Diese können Sie nachlesen: Rawls betrachtet Gerechtigkeit als eine Form der Fairness, als eine durchschnittliche Einschätzung dessen, was Menschen über eine bestimmte Güterverteilung urteilen, womit sie einverstanden oder nicht einverstanden sind. Immer ist der Gedanke der Aristotelischen Proportion dabei im Spiel. Wenn man so will, steht der Begriff *Gerechtigkeit* zwischen Moralität und Recht, also in der Mitte. Aristoteles

spricht von der Mitte: „Meson – Mesotes“. Die Mitte zwischen Abenteuer und Furcht definiert die Tugend der Tapferkeit. Die Mitte denken, ist eigentlich in allen Begriffen, die mit der Gerechtigkeit zu tun haben, mit gesetzt. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass ein großer Rechtsphilosoph, Gustav Radbruch, nach 1945 „Fünf Minuten Rechtsphilosophie“ gelehrt hat – einer der genialsten Texte der praktischen Philosophie, die es gibt. In der vierten Minute sagt Radbruch, dass es so etwas wie eine Fragestellung gebe, die sich auf den *Rechtscharakter* des Rechtes richtet. Positives Recht muss überprüft werden, ob es den Willen zur Gerechtigkeit enthält oder nicht. Er spricht deswegen von einem gesetzlichen Unrecht und übergesetzlichem Recht; gemeint ist ein großes Spannungsgefüge. Wir sollten uns darum bemühen, diese Frage Radbruchs an unser Rechtssystem zu stellen, nicht nur an die Rechts- oder Unrechtssysteme anderer Länder: Sind hier wirklich Wille und Bewusstsein von Gerechtigkeit die Norm, die in das positive Recht eingeht, oder nicht. Leider werden heute häufig Gesetze verabschiedet, deren Novellierung mitgesetzt wird. Die Novellierungen sind ja häufig schon *vor* Verabschiedung der Gesetze eingeplant. Dies zeugt von großer Unsicherheit und der Frage, ob hier so etwas wie ein Gerechtigkeitswille dahintersteht. Die Unsicherheit ist bei vielen Gesetzgebern auch vorhanden. Gerechtigkeit ist der Kern des Zusammenhalts der Gesellschaft. Eine Gesellschaft, deren Mitglieder die bestehende Ordnung überwiegend als nicht gerecht betrachten, ist in Gefahr auseinanderzubrechen, selbst wenn die Rechts-

institutionen noch völlig intakt sind. Es bildet sich eine Art zweiter Wirklichkeit unterhalb der offiziellen.

Was ist gerecht und was ist ungerecht?

Lassen Sie mich deshalb an drei faktischen Problemen erläutern, was hier gerecht und was ungerecht sein könnte. Ich glaube, dass wir in einer gesellschaftlichen Situation sind, in der die auseinander treibenden Kräfte durch eine Marktgesellschaft (wenn man sie so nennen will) forciert werden. So hätten es die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft, wie Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und selbst Ludwig Erhard nie für möglich gehalten. Keiner von ihnen glaubte, der Markt könne das einzige bestimmende Element der gesellschaftlichen Reorganisation sein. Ganz im Gegenteil, soziale Marktwirtschaft ist gegen die Marktwirtschaft erkämpft durch Gewerkschaften, aber auch durch einflussreiche Persönlichkeiten der katholischen und evangelischen Soziallehren. Diese spielten eine große Rolle für die Bereitschaft selbst Adenauers, das Ahlener Programm der Nordrhein-Westfälischen CDU, das sozialistische Züge trägt, mit zu unterzeichnen. Der Sozialstaat ist nicht gegen die Freiheit des Einzelnen errichtet worden, wie einzelne Konservative und die Neoliberalen fortwährend behaupten; der betreute Mensch ist nicht von seinen Freiheitsmöglichkeiten gelöst. Der Sozialstaat ist die Erweiterung der Freiheitssphäre der Menschen, dadurch nämlich, dass die Angstpotentiale in der Gesellschaft reduziert werden. In Deutschland hat man sich mit der westlichen Demokratie über den Sozialstaat versöhnt und nicht über *Reeducation*

oder irgendwelche anderen Maßnahmen. Für mich stellt sich deswegen die Frage, was passiert, wenn die Transformation und Reorganisation des Sozialstaates, die im Übrigen in Schweden gelungen sein soll, *nicht* erfolgreich ist. Was geschieht, wenn der Sozialstaat abgebaut wird? Was werden die Folgen sein für die Bindekräfte in der Gesellschaft und das Schicksal der Demokratie?

Bindungslosigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Damit bin ich bei dem Thema Bindung. Inzwischen sind liberale Leute wie Dahrendorf bestürzt darüber, dass die Bindekräfte verloren gehen. Sie selber haben dazu beigetragen, dass sich der fessellose Wirtschaftsliberalismus durchsetzt. Die gegenwärtigen Vertreter der FDP sind keine Menschenrechtsliberalen, sondern einfach schlicht Wirtschaftsliberale. Das sind nicht die Großen wie Maihofer oder Dönhoff. Es verdient größte Aufmerksamkeit, wenn die Gräfin Dönhoff kurz vor ihrem Tod ein Buch mit dem Titel schreibt „Zivilisiert den Kapitalismus“! Wie soll man ihn aber zivilisieren, wenn er nun einmal da ist? Die heutige Globalisierung macht einen wesentlichen Unterschied zu den globalisierten Märkten der vergangenen Jahrzehnte. Das Kapital kann sich tatsächlich ohne jegliche Beißhemmungen betätigen, zum ersten Mal in der Geschichte. Mit anderen Worten (und das ist etwas provokativ gemeint), das Kapital funktioniert zum ersten Mal so, wie Marx es in seinem „Kapital“ beschrieben hat, nämlich ohne irgendwelche Bindungen. Ganz im Gegenteil, die Bindungslosigkeit wird gefördert durch

diese Form des Wirtschaftens, denn bindungslose Belegschaften von Siemens oder Nokia sind natürlich viel leichter auf die Straße zu schicken als Leute, die sagen können: „Mein Großvater war schon bei Siemens, mein Vater war schon bei Siemens, ich bin 30 Jahre bei Siemens – Was machen die mit uns?“ Das heißt, die Bindungslosigkeit als ein Programmpunkt bedeutet auch eine Einschränkung der Individuen in ihren kollektiven Betätigungsmöglichkeiten. Die Reduktion der Menschen auf einen Naturzustand ihrer Individualität ist diesem Marktgeschehen sehr angenehm und konform. Und ich vermute, das ist heute eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhang. Denn die Bindungsbedürfnisse gehen nicht verloren, sie richten sich auf andere Dinge. Die Evangelikalen in den Vereinigten Staaten, der Fundamentalismus in allen westlichen Ländern ist ein Bindungsangebot. Dieses Bindungsangebot ist noch nicht so groß und überzeugend, was die politischen Rechtsradikalen betrifft, aber es ist durchaus möglich, für politisch radikale Kameradschaften und andere, diese Bindungsbedürfnisse zu befriedigen. Die Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei bieten emotional nicht sehr viel an, um solche Bindungen auf sich zu ziehen und zu befriedigen. Das heißt: Bindungslosigkeit ist ein zentrales Problem des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit auch der ausgleichenden Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Polarisierung des Bildungssystems

Diese drei Elemente, die ich für gefährlich halte, möchte ich kurz skizzieren.

Ich glaube, es gibt so etwas wie einen Wahn, man kann sagen, der Polarisierung des Bildungssystems, in dem plötzlich Eliteuniversitäten auftauchen. Um nicht in den Verdacht der Klassenpolitik zu geraten, sagt man, Eliten hätten uns ein Jahrhundert geschunden. Die wollen wir nicht. Aber Exzellenz-Universitäten, die wollen wir. Die Polarisierung des Bildungssystems in normale, schlecht ausgestattete, überlastete Universitäten auf der einen Seite und in Forschungsuniversitäten auf der anderen Seite. Der Wissenschaftsrat hat das gerade festgestellt. Man müsste für die Normaluniversitäten, wie es in den Medien zu lesen ist, etwa 1,1 Milliarden Euro haben, um einen normalen Universitätsbetrieb stattfinden zu lassen. Ich meine, diese Polarisierung des Bildungssystems als eine Form der Amerikanisierung ist mit Hypotheken verknüpft, die für Deutschland ganz fatale Folgen haben. Ich war vor zwei Jahren in Princeton und habe dort Lehrveranstaltungen gehalten. Einmal fragte ich den Rektor, wie viele Studenten es hier gäbe und was der universitäre Betrieb koste. Die Antwort: Es sind etwa 7000 Studenten in Princeton, das ist wenig für eine Elite-Universität, also der sogenannten *Ivy-League*-Universitäten. Aber es gibt 1000 Lehrpersonen für 7000 Studenten, ein Verhältnis also von eins zu sieben. Wie sieht das Stiftungsvermögen aus? Da sagt der Rektor, darüber möchte keiner gerne reden. Und die Schätzung? Die Antwort war, es seien zwischen 16 und 18 Milliarden Dollar Stiftungsvermögen.

Die Göttinger Universität dagegen hat ein Stiftungsvermögen von 10 Millionen € bekommen, in Form von auf

dem Immobilienmarkt nicht mehr absetzbaren Landesgebäuden, die sowieso keiner haben will, nicht als Geschenk und nicht als Stiftungen. Vor wenigen Tagen habe ich die Nachricht bekommen, dass ein Immobilienhändler, der offenkundig seine Erben ärgern wollte, der Princeton-Universität 102 Millionen Dollar in das Stiftungsvermögen überwiesen hat. Ja, die Stiftungsstruktur ist eine ganz andere, hier sind Stiftungen staatlich gefördert. Aber die Stiftungen, die eingerichtet wurden von Andrew Carnegie und Rockefeller haben riesige Vermögen: Andrew Carnegie, einer der Urväter der Stiftungskultur, hat einmal gesagt, wer als Reicher stirbt, hat Schande über sein Leben gebracht. Im calvinistischen Sinne gibt man hier auf Erden noch etwas her, mit dem man die Gnadenwahl nicht herstellen kann. Aber ausgeschlossen, dass es „da oben“ gütig aufgenommen wird, ist es auch nicht. Die Polarisierung des Bildungssystems in Deutschland ist fatal.

Polarisierung zwischen Peripherie und Zentrum

Aber nicht nur diese Polarisierung, sondern auch eine Polarisierung zwischen Peripherie und Zentrum ist problematisch. Viel Geld wird in das Zentrum gesteckt. In Frankreich richten sich die *Banlieue*-Proteste eben auch gegen das Zentrum. Die Peripherie wird vernachlässigt. Es ist aber eine Art Ideologie zu glauben, dass, wenn die Zentren sich entfalten, die Peripherien mit erfasst werden und am Wirtschaftswachstum teilhaben. Das ist etwas, was Aristoteles in der Tat als Störung der Proportion betrachten würde. Und er sagt auch, dass

die Reichen gefährlicher sind für den Zusammenhalt einer Gesellschaft als die Armen. Die Armen rufen nach Diktatoren, nach autoritären Persönlichkeiten, die sich für sie einsetzen, die Reichen aber haben überhaupt kein Interesse am Gemeinwesen, sondern gliedern sich aus. Dazu da gibt es in der Geschichte sehr viele bestätigende Beispiele. Polarisierung ist in meinem Argumentationssinn eine Störung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Sie können dies von Karl Lauterbach lernen, der mit seiner Zwei-Klassentheorie im Gesundheitswesen genau diesen Aspekt der strukturellen Ungerechtigkeit unterstreicht.

Ein weiterer Punkt ist die *Störung der Balance*, meinetwegen auch: Die Störung (nach Rawls) der Fairness. Im Übrigen: Der Sozialstaat war Ausdruck einer solchen institutionellen Balance. Sein Ziel war es, dass diejenigen, die sich selbst nicht helfen können, nicht allein angewiesen sind auf kollektive Kämpfe der Gewerkschaften. Sie können nun ihre Interessen geltend machen. Es wurde Bestandteil der Verfassung, dass sie nicht alleine in ihrer Not sind, in ihrem Unglück und in ihren Möglichkeiten.

Die zweite Ideologie, eine sehr gefährliche Störung, ist die der *Flexibilisierung*. Bis in oberste Regierungsetagen hinein glaubt man immer noch, dass eigentlich genug Arbeitsplätze da sind. Sie müssten nur intensiver gesucht werden. Deshalb sind die Arbeitsagenturen eigentlich Suchagenturen. Aber sie müssen auch Arbeitsplätze suchen, die es gar nicht gibt. Und das macht natürlich die Grenzen einer solchen Sache aus: Es ist auch nicht ganz klar, woher das eigentlich kommt. Die betriebswirtschaftliche

Rationalität, die inzwischen die Rationalität des „Ganzen Hauses“, die Wohlfahrts-Ökonomie des „Ganzen Hauses“ aufgezehrt hat, beruht ja darauf, dass die Warenproduktion für den Markt immer rationeller wird. Das kann man praktisch so als eine Art *Rationalitätsgesetz* betrachten. Die betriebswirtschaftliche Rationalisierung in Bereichen der Warenproduktion und der marktbezogenen Dienstleistungen schreitet ungebrochen fort. Der Bereich der Arbeitsplätze z.B. für Autos oder für beliebige andere Waren wird immer kleiner. Daher muss in der Tat die Frage immer dringlicher gestellt werden, wo eigentlich die lebendige Arbeitskraft bleibt? Wo bleiben die Menschen, die arbeiten wollen, wenn in diesen auf den Markt bezogenen Bereichen die lebendige Arbeit nicht mehr im gleichen Maße angefordert wird, wie das bisher der Fall war? Ich vertrete den Standpunkt, dass Politik immer stärker auf *Gemeinwesenarbeit* setzen muss. Gemeinwesenarbeit, die natürlich auch anders finanziert werden muss, damit sich das Armuts-Reichtumsverhältnis ausgleicht, damit eine Proportion entsteht.

Flexibilisierung bedeutet, dass der Mensch beweglich ist. Wenn ich einen von Ihnen frage: „Bist du flexibel?“ würde keiner von Ihnen dies bestreiten: „Ich bin flexibel, also nicht stumpf und erstarrt“. Das Buch von Richard Sennett, das ich Ihnen sehr empfehle (es ist ein kleines Buch und gut lesbar), bringt eine überzeugende Argumentation, derart, dass er sagt: Nur ein Baum, der Wurzeln geschlagen hat, im Erdreich verwurzelt ist, ist flexibel. Das gilt auch für Menschen, wenn sie von ihrer ausgebildeten Identität leben, zehren können. Dann sind sie

flexibel. Aber die Gefahr der Brechungen ist sehr groß, wenn zum Beispiel schon Kinder auf Flexibilität und Wechsel der Orte und der Zeit trainiert werden, wenn die Universalisierung des Kurssystems in Bildungsbereichen räumliche und zeitliche Identitätsausbildungen stört, nimmt die Flexibilisierungsfähigkeit rapide ab. Nun spielt hier bei Richard Sennett eine Art Verdrehung eine Rolle. Der deutsche Titel heißt „Der flexible Mensch“ – das ist positiv ausgedrückt. Der amerikanische Ursprungstitel lautet ganz anders – er lautet „The Corrosion of Character“: Die Zerstörung, Erosion, das Zerbrechen des Charakters und der Identität. Und dies ist gerade unproduktiv für eine flexible Gesellschaft.

Vom Fehlen eines Maßstabs

Die dritte Tendenz, die ich sehe, beruht auch auf einer Maßstabslosigkeit, es fehlt jedes Maß, das eben doch kollektiv, durch den Staat oder die Gesellschaft hergestellt werden müsste: Ich meine den Markt. Der Markt ist maßlos in allen diesen Dingen und führt nicht zur Regulierung des gesellschaftlichen Ganzen. Die dritte falsche Strategie ist die der Abkopplung. Ich halte es für möglich, wenn die Verhältnisse so bleiben, dass wir mit einer Drittelung der Gesellschaft zu rechnen haben, einer Klassenschichtung ganz eigener Art. Ich selber habe noch mit Peter Glotz und anderen Anfang der 80er Jahre die These einer Zweidrittelgesellschaft vertreten; das vertrete ich nicht mehr. Ich glaube, das ist überholt, wir haben es tendenziell mit einer Drittelung der Gesellschaft zu tun.

Ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich integriert und wohl, hat Teilhaberechte

und betrachtet im Grunde das System auch als gerecht, selbst wenn viele Menschen sehen, dass zum Beispiel Leistungsgerechtigkeit korrumpiert wird durch Managergehälter, die gar keinen Bezug mehr zur Leistung haben und an andere Dinge gekoppelt sind. Ein Nürnberger Wissenschaftler hat errechnet, dass ein 350faches Durchschnittsgehalt für einen Topmanager gerecht sei. Wie er darauf kommt, weiß ich nicht, es ist eher eine Schande der Wissenschaft, dass so etwas öffentlich wird. Aber die völlige Abkopplung des Leistungsbegriffs von der Leistung ist hier mit gesetzt. Es ist eine Störung, die die Menschen irritiert. Wie kann man überhaupt noch Leistung begreiflich machen für diejenigen, die etwas leisten möchten, aber es nicht mehr können, weil die Arbeitsplätze fehlen. Ein Drittel ist integriert, fühlt sich wohl in der guten Gesellschaft.

Das *zweite Drittel* ist ein wachsender Teil der Bevölkerung in fortwährend prekären Lebensverhältnissen – von Job zu Job, von Vertrag zu Vertrag, in der Universität sind dies alles Zeitverträge. Man muss sich doch nicht wundern, dass Kinderplanungen nicht möglich sind für Menschen, die nicht sicher sind, ob sie in einem oder zwei Jahren noch einen Job haben. Die Unsicherheitspotentiale sind spektakulär angewachsen. Ich spreche da von einer *Vergrößerung des Angstrohstoffes* in der Gesellschaft. Kollektiver Angstrohstoff wird irgendwann immer bearbeitet, er bleibt nur vorübergehend unbearbeitet. Wenn viele Existenzängste entstehen, sozialdarwinistische Überlebensängste, greifen irgendwelche Machtgruppen mit autoritären Strukturen dieses Potential

auf und nutzen es, bestimmt nicht im Sinne der Erweiterung demokratischer Freiheitsrechte. Hier entsteht so etwas, was man auch als das Verschwinden des Mittelstandes wahrnehmen kann.

Und das *letzte Drittel* ist die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen. Denn wenn diese Mechanismen so bleiben, wie sie sich gegenwärtig zeigen, wenn die Arbeitsgesellschaft sich nicht verändert, nützt es nichts, dass Arbeitsverteilungsgagenturen jetzt mit der Fragmentierung von Arbeitsplätzen arbeiten, von denen ein Mensch nicht mehr leben kann. Statistiken verweisen eindeutig darauf, dass immer mehr Menschen, obwohl sie Arbeit haben, nicht davon leben können. Die Masse der „working poor“ schwillt beständig an. Diese sind eine riesige Masse, abgesehen von den 36 Millionen Armen in den Vereinigten Staaten, die offiziell registriert sind. Wir haben es mit Menschen zu tun, die auf Dauer abgekoppelt sind vom System der Erwerbsgesellschaft, die auch gar nicht mehr reinkommen. Und deshalb ist es ja so absurd zu meinen, dass die Menschen, die Arbeitsplätze haben, noch länger arbeiten müssten. Wenn ein Großvater statt mit 65 mit 68 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden soll, seine vierzigjährige Tochter aber arbeitslos ist und der zwanzigjährige Enkel noch gar keinen Ausbildungsplatz hat – was hat das für eine Vernunft für sich, dass der Großvater hier veranlasst wird, noch länger zu arbeiten?

Risse im System

Es ist nicht so pessimistisch wie es klingt, was ich analysiere. Ich habe selber eine Alternativschule gegründet und habe mich in den Gewerkschaften kritisch-

produktiv betätigt. Gramsci wurde einmal gefragt, ob er denn die Welt pessimistisch oder optimistisch sehe und er hat gesagt: Was die Analyse betrifft, bin ich Pessimist, denn der Intellektuelle hat die Verantwortung, die schlechtesten Möglichkeiten nicht auszuschließen. Aber als Praktiker bin ich Optimist, weil jedes System Risse hat und auf die Wahrnehmung dieser Risse kommt es mir an. Es ist kein System von Gerechtigkeit und Friedensfähigkeit, sondern es ist brüchig, es ist disproportional, in seinen Maßverhältnissen zerrissen. Die Spuren dieser Risse sichtbar zu machen, ist für mich eine wichtige praktische Aufgabe, für Sie, für mich und für andere. Und die stimmen eher optimistisch, weil das System nicht wirklich fest etabliert ist, es könnte fester etabliert sein, wenn es gerechter wäre. Das ist es aber nicht. Das ist Gramscis Lebensdevise, in einer weitaus finsternen Zeit. Der schließe ich mich an.

Menschenbild und Bildung

Lassen Sie mich zum Schluss über das Menschenbild und die Veränderung des Menschenbildes, was dahinter steht, sprechen. Wenn ich noch einmal auf Aristoteles zu sprechen komme, vom dem ja die politische Philosophie begründet wurde, dann sagt er: Der von uns zu erstrebende Mensch ist das *zoon politikon*, das heißt, er ist ein *politisches Lebewesen*. Der Mensch und Bürger, der sich um das Wohl und Wehe seiner Stadt kümmert, ist für uns der eigentliche Mensch. Nur Götter und Tiere können außerhalb der *Polis* leben. Da kommt ja auch das Private her, das *privare* im Lateinischen, das Berauben oder der *idiôtes* im Griechischen, der

Privatmann. Der schlichte Privatmann ist der Händler, der sich um seine Ware kümmert. Das Menschenbild in der griechischen und römischen Antike ist politisch geprägt, idealtypisch natürlich nur in der perikleischen Zeit (in Rom nur während der Senatsherrschaft). Das geht später auch verloren. Und wir haben den Renaissance-Menschen als einen allseitig tätigen Menschen, so wie Leonardo da Vinci, den man nahezu als tätiges Ideal jener Zeit bezeichnen könnte. Und wir haben den Humboldtschen Menschen, der durch Wissenschaft und Philosophie sein Denken und Handeln leitet, also von innen her. Deshalb steht die philosophische Fakultät im Zentrum der Humboldtschen Universität und nicht die Betriebswirtschaft oder die Volkswirtschaft oder die Theologie. Ich würde sagen, das ist für Humboldt akademisches Bergwerk gewesen, die Bildung auf der Ebene praktischer Disziplinen. Für Sie, die sie ja überwiegend noch im Studium sind, sieht es heute so aus: Die Änderung der Universität geht in die Vor-Humboldtsche Richtung – jetzt nicht im Sinne des Totalitären oder der politischen Optionen: Das eindimensionale Umgliedern der Studiengänge durch den Bologna-Prozess und der Verschulung der Universität ist der größte Einbruch seit 1933. Die Eindimensionalität des Lernens ist das Problem, die formale Vergleichbarkeit der Abschlüsse, die zwangsläufig die Denkweise betriebswirtschaftlicher Zweckrationalismus zur bestimmenden Norm in allen Kulturbereichen macht. Und das vollzieht sich in den Schulen und Universitäten genauso wie in die Oper oder im Theater. Diese Eindimen-

sionalität hat etwas Totalitäres an sich. Ich sage nicht, dass diese ein totalitäres System erzeugt, aber sehr wohl ist etwas Totalitäres in den Denkstilen. Ich habe, als es um den Kampf der Hannoverschen Oper ging, eine Rede gehalten im Opernhaus, in der ich dem Minister vorschlug, zu überlegen, ob man bestimmte Rollen in der Aida oder in der Zauberflöte nicht streichen könne im Sinne dieses Rationalismus. Man würde ja vielleicht gar nicht bemerken, dass einzelne Nebenfiguren fehlen. Die anwesenden Amtsträger fanden das gar nicht witzig, aber das Publikum war außer sich vor Freude.

Rationalisierung des Geistes

Einer von Salomons Sprüchen (im Kohelet) lautet: Alles hat seine Zeit, Sterben hat seine Zeit, Leben hat seine Zeit, Aufbauen und Niederreißen hat seine Zeit. In der heutigen Übersetzung würde man sagen: Alles hat nur *eine* Zeit, die betriebswirtschaftlich rationalisierte Zeit in allen Bereichen – und das ist ein kultureller Verfall. Die Oper oder das Theater sind nicht in derselben Weise zu rationalisieren wie die Autoproduktion; die Universitäten genauso wenig. So nimmt man es aber. Es wird hier immer stärker nach Kriterien gebildet, die im Grunde einem komplexen Gesellschaftssystem widersprechen, nämlich nur noch *just in time* Informationen sind; das, was man gerade so haben muss, damit man eine Klausur schreiben kann. Das ist gerade das, was dieses komplexe Gesellschaftssystem nicht benötigt. Denn das sind die potentiellen Arbeitslosen in dieser Gesellschaft, die in dieser Weise verkürzt gebildet werden.

Bildung ist für mich dagegen eine Vorratshaltung, an Begriffen und Denkweisen, an Dingen, die man nicht sofort braucht. Es gibt ein schönes Beispiel von Arthur Koestler in seinem „Spanischen Testament“, in dem er davon spricht, dass er zum Tode verurteilt auf die Erschießung wartete und sich fragte: Wie kann ich mich am Leben erhalten? Und da sagte er: Ich habe angefangen, einfach zu überlegen, was ich alles in meinem Leben gelesen habe. Dies übersetzte er in Dialoge. Den Dialogpartner, der er selbst war, redete er mit Sie an: Irgendwann ist es einem so gegangen wie einem Bären, der im Sommer Fett ansetzt, um im Winter zu überleben. Ja, das ist Bildung, das ist Vorratshaltung. Wenn diese Vorratshaltung verschwindet, dann kann man sagen, sind die neuen Studiengänge solche, in der jeder Freiheitsspielraum verschwindet. Ich konnte noch wählen, welche Fächer ich kombiniere mit Philosophie. Das ist nun alles kaum mehr möglich. Aber wenn schon Verschulung, dann müsste wenigstens die Lehrerzahl verdreifacht werden. Schließlich haben die jetzt die Klausuren zu korrigieren.

Demokratie lernen

Zum Schluss: Ich glaube, dass wir es mit einer normativen Gewichtung von Fragestellungen zu tun haben. Wir müssen einfach viel stärker über das nachdenken, was über die unmittelbare Tatsachenwelt hinausgeht. Wir müssen die Tatsa-

chen verlebendigen als eben von Menschen erzeugte Tatsachen und nicht den Tatsachenmenschen - so wie Edmund Husserl das sagt - zu einer Ideologie machen. Wenn wir das wollen und wenn die Bildung wieder so sein soll, dass sie den innengeleiteten Menschen fördert, der aus Einsicht, aus Zusammenhängen etwas begreift, dann wären wir imstande, dem zu widersprechen, was gegenwärtig parteiübergreifend offizielle Auffassung ist: Wir sind dabei den *leistungsbewussten Mitläufer* zu erzeugen, der sich nicht um dieses hohe Gut namens Demokratie kümmert. Denn die Demokratie gehört zu der einzig staatlich verfassten Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, die sich nicht von selbst ergibt. Sie muss gelernt werden auf allen Altersstufen bis ins hohe Alter. Und sie setzt Teilhaberechte voraus. Man kann Demokratie nicht theoretisch lernen, sondern nur durch praktische Beteiligung, das heißt durch Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Das würde, auf den Anfang meines Beitrags bezogen, den Kantischen Begriff der Autonomie in den Dimensionen der politischen Urteilskraft und der politischen Bildung einbeziehen. Autonomie ist die Voraussetzung dafür, dass menschliche Würde entsteht und geachtet wird. Und Würde hat, wie Kant sagt, keinen Preis. Diese Würde ist etwas Unverkäufliches, ein öffentliches Gut, das zu stützen der einzige Weg einer vernünftigen Organisation der Gesellschaft wäre.